

Gerichts

Zeitung.



Das Gesetz unsre Waffe,
Gerechtigkeit unser Ziel.

Abonnement: Im deutschen Reich und in Oesterreich
vierteljährlich 2 Mark 50 Pf.
In Berlin einschließl. { vierteljährlich 2 Mark 40 Pf.
Bringerlohn { monatlich 80 Pf.

Inserate:
die viergespaltene Zeile 40 Pf.,
die ganze Seite 210 Mark.

Berlag und Expedition:
Gustav Behrend (Hermann Förstner)
Berlin C., Rospstraße 30.

Zeitschrift

Kriminal-, Polizei- und Civil-Gerichtspflege
des In- und Auslandes,
verbunden mit politischer Rundschau und einem Senilikon.

Erscheint wöchentlich dreimal:
Dienstag, Donnerstag, Sonnabend (morgens)
je 2-3 Bogen Folio.

Verantwortlicher Redakteur:
W. Quanter in Berlin.

Sonnabend, den 11. November.

Landgericht I.

Sechste Strafkammer.

Daß jemand wegen Diebstahls zu einer Gefängnisstrafe verurteilt und diese verbüßen kann, ohne hiervon auch nur das Mindeste zu bemerken, zeigte eine Verhandlung, welche sich gegen den Schlächtergesellen Christian Otto Kahlenberg richtete.

Kahlenberg wurde am 7. Juni 1888 vor der Central-Markthalle gesehen, als er eben von einem vor der Markthalle haltenden Wagen einen Hammel genommen und mit demselben die Flucht ergriffen hatte. Der Dieb wurde sofort verfolgt, und ehe er um die nächste Straßenecke mit seiner Beute entkommen konnte, war er bereits eingeholt und ergriffen.

Die That zu leugnen, vermochte Kahlenberg natürlich nicht; denn der Hammel wurde zum Verräter; der Dieb entschuldigte sich damit, daß er von einem ihm unbekanntem Manne den Auftrag erhalten habe, den Hammel von dem Wagen zu holen. Er, Kahlenberg, habe den Mann für einen Schlächter und für den Besitzer des Wagens gehalten und deshalb den Auftrag, in der Hoffnung ein gutes Trinkgeld zu erhalten, ohne Bedenken ausgeführt. Zu seinem Schrecken sehe er jetzt aber, daß sein Auftraggeber verschwunden sei, und nun glaube er selbst, daß er von einem Diebe, der zu feige gewesen, selbst zu stehlen, benutzt worden sei.

Diese Angabe klang natürlich sehr wenig glaubwürdig, und deshalb wurde Kahlenberg, nachdem er durch Prüfte und Schläge von allen Seiten darauf hingewiesen worden war, daß die Männer des Volks an das alte Märchen von dem großen Unbekannten nicht glauben wollten, nach dem nächsten Polizeibureau gebracht. Dort hielt man ihn ebenfalls nicht für ein Opfer seiner Leichtgläubigkeit, sondern für einen „gerissenen Dieb“, und er wurde deshalb in Untersuchungshaft abgeführt und schließlich des Diebstahls angeklagt.

Am 6. August 1888 stand in der Sache Termin vor dem Amtsgericht an. Der Angeklagte tischte auch dem Gericht wieder die Geschichte auf, daß er von einem Unbekannten aufgefordert worden sei, den Hammel zu holen. Diesmal hatte er mehr Glück; denn was weder die Polizei noch die Männer, welche Kahlenberg festgenommen hatten, glauben mochten, das hielt das Amtsgericht nicht für ausgeschlossen. Es sei ja allerdings nicht sehr glaubwürdig, daß der Angeklagte im besten Glauben den Auftrag eines Unbekannten ausgeführt habe, als er den Hammel nahm; aber widerlegt sei diese Angabe keineswegs, und sie erscheine auch durchaus nicht unmöglich. Da man aber im Zweifelsfalle stets die dem Angeklagten günstigere Möglichkeit annehmen müsse, so sei der Angeklagte freigesprochen worden.

Kahlenberg wurde nach diesem Urteil natürlich sofort auf freien Fuß gesetzt. Die Staatsanwaltschaft war aber der sehr begründeten Ansicht, daß das Amtsgericht in diesem Falle in Bezug auf die Leichtgläubigkeit denn doch erheblich über die Grenzen des Zulässigen hinausgegangen sei, und daß man überhaupt wohl niemals mehr einen Menschen bestrafen dürfe, wenn man derartige Ausreden für durchschlagend erachten wolle. Die Staatsanwaltschaft legte deshalb gegen das freisprechende Erkenntnis des Amtsgerichts Berufung ein.

Als der Termin vor der Berufungskammer stattfinden sollte, stellte es sich aber heraus, daß der Angeklagte Berlin bereits verlassen hatte, und da es nicht gelang, ihn zu ermitteln, mußte die Sache vorläufig vertagt werden. Damit war zunächst die Sache erledigt.

Mehr als fünf Jahre waren seit der Ausübung des Diebstahls vergangen, und die Verjährung stand in kurzer Zeit zu erwarten, — da erinnerte sich die Staatsanwaltschaft der Sache, und um die Verjährung nicht eintreten zu lassen, wurde die alte Anklagesache wieder hervorgeholt. Der Diebstahl verjährt zwar in fünf Jahren; da aber jede gegen den Angeklagten gerichtete

richterliche Thätigkeit die Verjährung unterbricht, so lief die Frist nicht seit dem Tage der That, sondern seit der letzten Anberaumung des Berufungstermins im Jahre 1888.

Da jetzt der Angeklagte noch immer nicht ermittelt werden konnte, wurde er durch öffentliche Zustellung geladen, und der Termin fand, da Kahlenberg von demselben keine Kenntnis erlangt hatte, nunmehr in Abwesenheit des Angeklagten statt. Die Berufungskammer war weniger leichtgläubig als das Amtsgericht, hielt den Angeklagten nun nach fünf Jahren des Diebstahls für überführt und erkannte auf 6 Wochen Gefängnis.

Da Kahlenberg aber seit dem 7. Juni 1888 bis zum 6. August desselben Jahres, also zwei Monate, in Untersuchungshaft gefesselt hatte, erachtete der Gerichtshof die ganze Strafe als durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt.

Das Urteil wird dem Angeklagten wiederum nur durch öffentlichen Aushang an „Gerichtsstelle“ bekannt gegeben werden, d. h. der gesetzlichen Form wird Genüge geschehen; da aber der Angeklagte in Berlin nicht auffindbar ist, so kann man wohl nicht annehmen, daß er von dem Aushang und durch diesen von seiner Strafe Kenntnis erlangt. Er ist somit natürlich auch nicht in der Lage, das Urteil durch ein Rechtsmittel anfechten zu können; dasselbe wird mithin rechtskräftig, und so ist es möglich, daß jemand eine rechtskräftige Strafe von 6 Wochen Gefängnis verbüßt hat, ohne selbst davon Kenntnis zu haben.

Neunte Strafkammer.

Ein Paar jener gefährlichen Gelegenheitsdiebe, welche Sonntags an verschiedenen Wohnungen klingeln und dann, sobald ihnen nicht geöffnet wird, einen kühnen Einbruch begehen, wurde gestern dem Gerichtshof vorgeführt. Der Reisende Karl August Rüst und der 17jährige Arbeiter Max Ernst Rißmann hatten sich verbündet, um fortgesetzt gemeinschaftliche Diebstähle zu begehen.

Beide waren mit der größten Frechheit vorgegangen. Sie hatten alle ihre Bekannten und Freunde geplündert, und in einigen Fällen hatten sie sogar bei den Nachbarn ihrer Opfer geklingelt und gefragt, ob diese zu Hause seien, und wenn diese Frage verneint wurde, erkundigten sie sich weiter, wann wohl die „Gesuchten“ zu erwarten seien. Auf diese Weise vergewisserten sie sich, ob sie auch mit Ruhe an die „Arbeit“ gehen könnten, ohne eine unliebsame Störung befürchten zu müssen.

Schließlich wurde das Diebespaar aber doch festgenommen und wegen Bandendiebstahls angeklagt. Die Sache gelangte auch bereits vor einiger Zeit zur Verhandlung, und bei diesem Termin wurde Rüst zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, während Rißmann, der das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatte, nur auf einige Jahre ins Gefängnis geschickt werden konnte.

Nachdem diese Verurteilung bereits erfolgt war, wurden noch zwei weitere Diebstähle ermittelt, welche die Angeklagten gemeinschaftlich begangen hatten, und gegen die Diebe wurde deshalb noch eine zweite Anklage wegen Bandendiebstahls erhoben.

Rüst bestritt mit aller Entschiedenheit seine Schuld, und auch Rißmann, welcher bei seiner ersten Vernehmung zugegeben hatte, daß er den einen Fall gemeinschaftlich mit Rüst begangen habe, leugnete in der gestrigen Verhandlung energisch jede Schuld.

Gegen Rüst fiel jedoch in erster Linie ins Gewicht, daß er die Diebstahlsobjekte bei einem und demselben Rückkaufshändler in kurzen Fristen hintereinander versetzt hatte. Rüst erklärte aber, daß diese Annahme auf einem Irrtum beruhen müsse; denn eine solche Dummheit, wie ihm hier vorgeworfen werde, würde doch wohl niemals ein Dieb von seinem Rufe begangen haben. Jeder Verbrecher müsse sich doch sagen, daß eine That, welche er begangen habe, sofort der

Polizei gemeldet werde, und daß diese dann eiligst alle Pfandleiher von derselben in Kenntnis setze, damit der Thäter angehalten werden könne, sobald er die Objekte zum Verkauf anbiete. Es werde also doch wohl niemals ein Dieb so dumm sein und zu demselben Pfandleiher gehen, bei welchem er erst vor einigen Tagen Diebstahlsobjekte versetzt gehabt habe.

Der Staatsanwalt ließ sich jedoch auf diese Beweisführung nicht ein, sondern war der Ansicht, daß schließlich auch ein Verbrecher von der unbestreitbaren Verschlagenheit des Angeklagten einmal eine Dummheit machen könne, daß deshalb die Dummheit unmöglich als Entlastungsbeweis gelten dürfe. Der Staatsanwalt beantragte nun gegen Rüst eine Zusatzstrafe von 2 Jahren Zuchthaus und gegen Rißmann eine solche von 1 Jahr Gefängnis.

Der Verteidiger dagegen war der Ansicht, daß es sich jetzt eigentlich um eine res judicata handele, und daß deshalb gegen Rüst nach dem Sage „ne bis in idem“ wegen der jetzigen beiden Fälle nicht nochmals auf Strafe erkannt werden dürfe. Rüst sei ja schon in dem vorigen Termin wegen Bandendiebstahls verurteilt worden. Der Bandendiebstahl aber bestehe darin, daß eben mehrere Personen sich zu fortgesetzter Begehung von Diebstählen verbunden hätten. Wenn also schon wegen der fortgesetzten Diebstähle auf eine langjährige Zuchthausstrafe erkannt worden sei, so müsse man doch notgedrungen die beiden jetzt verhandelten Fälle in die bereits abgeurteilten Sachen einrechnen.

Der Gerichtshof war jedoch anderer Ansicht. Darin habe ja der Verteidiger recht, daß nur dann Bandendiebstahl vorliege, wenn sich mehrere Personen zur fortgesetzten Begehung von Diebstählen verbunden hätten. Damit sei doch aber nicht gesagt, daß alle einzelnen Diebstähle nur als eine einzige fortgesetzte Handlung zu betrachten seien, sondern jeder Fall sei eine besondere selbständige Handlung und könne als solche natürlich auch bestraft werden. Gegen Rißmann sei wegen der beiden neuen Fälle auf Freisprechung erkannt worden. Den Rüst habe der Gerichtshof jedoch für überführt erachtet und deshalb unter Einrechnung der früher erkannten Strafe auf eine Gesamtstrafe von 12 Jahren Zuchthaus, 10 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht erkannt.

Die Entschädigung unschuldig Verurteilter.

Die Strafprozess-Ordnung für Württemberg vom Jahre 1888 bestimmte bereits:

„Einem Verurteilten, dessen Schuldlosigkeit an den Tag kommt, ist der von ihm nicht verschuldete Schaden durch die Staatskasse zu ersetzen, vorbehaltlich des Rückgriffs an die Schuldigen.“

Es war dies wenigstens ein kleines Zugeständnis gegenüber dem Anspruch, welcher bereits von Frankreich 1781 in zwei preisgekrönten Schriften anerkannt war, und zwar dahin, der Behörde sei nicht die Befugnis zu bestreiten, den Verdächtigen zu verhaften und hierdurch den Erfolg der Untersuchung zu sichern; dagegen sei es aber als eine Forderung des „natürlichen Rechts“ anzuerkennen, daß für den Schaden, der von einem Bürger unverschuldet infolge der Ausübung jener Befugnis erlitten werde, eine Entschädigung gewährt werde.

Es ist bekannt, mit welcher Bestimmtheit von den Männern der Wissenschaft und vom Volk — mit Ausschluß derjenigen Männer, welche auf der äußersten Rechten im Reichstag und Abgeordnetenhaus Platz nehmen — dafür gestritten wird, daß das Recht auf Entschädigung der Beschuldigten anerkannt und gesetzlich die Entschädigungspflicht des Staats geregelt werde. In der That glaubte man sich dem Ziel näher gerückt; denn es verlautete von der Ausarbeitung eines bezüglichen Gesetzesentwurfs, und man hoffte, daß der gegenwärtige Staatssekretär des Reichsjustizamtes sich der Sache mit neuer Kraft annehmen werde.

Heute eine Beilage.

Rundschau.

Politisches Allerlei. — Ueber den Reichshaushaltsetat für das nächste Rechnungsjahr wird mitgeteilt, daß die gesamte Summe auf 1 300 725 602 Mk. balanciert, und zwar belaufen sich die fortbauenden Ausgaben auf rund 1 079 000 000 Mk., die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Stats auf rund 84 000 000 Mk. und die einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Stats auf rund 139 000 000 Mk. Das Etatgesetz schließt sich genau den früheren gleichartigen Gesetzen an. Die Erhöhung des Schatzanweisungskredits um 75 Millionen Mark zur Aufertigung der österreichischen Vereinsthaler ist noch beibehalten.

In betreff des Reichs-Invalidenfonds war bekanntlich schon im vorigen Jahre dem Reichstage ein Gesetzesentwurf vorgelegt, der bezweckte, aus dem Kapitalbestande einen Betrag von 67 Millionen Mark flüssig zu machen und der Reichskasse zur Verstärkung der Betriebsfonds zu überweisen. Der Entwurf wurde nicht erledigt. Dem Vernehmen nach wird in der bevorstehenden Tagung ein gleicher Entwurf vorgelegt werden. Der offiziös hierüber verbreiteten Begründung ist zu entnehmen, daß auch die Bewilligung von Zuwendungen an die Invaliden aus den Kriegen vor 1870/71 behufs der vom Reichstage angeregten Gleichstellung mit den Teilnehmern des Krieges 1870/71 geplant wird.

In dem neuen preussischen Abgeordnetenhaus werden 43 Landräte Sitz und Stimme haben. Die konservative Partei hat mit dieser Wahlleistung nicht ganz die Höhe erreicht, auf der das Abgeordnetenhaus der letzten fünfziger Jahre mit seinen 75 Landräten sich befand; aber mit Einrechnung der zahlreichen Regierungsbeamten, die sonst noch gewählt wurden, ist in dem neuen Hause der Charakter einer Volksvertretung, der ihm gebührt, doch mehr als bisher in Frage gestellt. Die preussische Regierung legt freilich einigen Wert darauf, sich parlamentarischen Majoritäten gegenüber in einer gewissen Unabhängigkeit zu erhalten; doch kann die konservative Strömung immerhin auf einen Druck rechnen, wenn in ihr die eigenen Beamten der Regierung mitwirken. Für die nächsten fünf Jahre wird also ein Ausbau der Gesetzgebung in liberaler Richtung fast ausgeschlossen sein. Die Schuld an dieser bedenklichen Wendung dürfen sich die liberalen Parteien selbst zumessen und in erster Linie die beiden freisinnigen Parteien, die mit ihren großen Prinzipien, deren starre Behauptungen mit den realen Verhältnissen in Widerspruch gerieten, den großen Massen der Bevölkerung immer unverständlicher wurden. Dem Fürsten Bismarck wurde mit Recht nachgerühmt, daß er der größte Realpolitiker sei, und das sollte wohl nur heißen, daß er die nächstliegenden Ziele mit eiserner Energie verfolgte und für sie Schlagworte auszugeben verstand, die immer zu rechter Zeit im Volke ihren Widerhall fanden. Die freisinnige Partei war immer sich selbst getreu. Das ist ein großer Ruhm; aber er wurde in den Wahlbewegungen um das Septennat und um die Armeeerläuterung allzu teuer bezahlt. Der größte Fehler war die Spaltung der freisinnigen Partei in zwei Gruppen, die bei den letzten Wahlen zum Reichstage und zum Abgeordnetenhaus sich gegenseitig Konkurrenz machten. Auch die Nationalliberalen sind von dem Vorwurfe nicht freizusprechen, daß sie das Parteiinteresse höher stellten als die große nationale und liberale Sache. Sie standen mit ihren Prinzipien der freisinnigen Partei jedenfalls näher als den Konservativen, und in derselben Stellung befanden sich ihnen gegenüber auch die freisinnigen Parteien. Politische Gegensätze giebt es eben nur zwischen Liberalen und Konservativen, und die Parteimoral sollte immer Kartelle ausschließen, welche die Kontrahenten mit ihren eigenen Prinzipien in Widerspruch bringen. Wenn die liberalen Parteien gegeneinander zu Felde ziehen, dann können nur die Konservativen den Vorteil haben, doch andernfalls, wenn sie zusammenstehen wie in der Konstituante von 1862—66, ist ihnen der Sieg gesichert. Nicht die Fragen, die trennen, sondern die, welche vereinigen, sind für die Zukunft der liberalen Sache entscheidend, und wenn das höchste Ideal auch nie aus den Augen verloren gehen darf, lieber in allmählicher Entwidlung und spät als garnicht.

In der Berliner Stadtverordneten-Versammlung wurde am Donnerstag über die für das Jahr 1896 geplante deutsche Industrie-Ausstellung verhandelt. Der Magistrat von Berlin hatte, wie bekannt, sich dem Projekte gegenüber ablehnend verhalten. Stadtverordneter Dr. Hermes hatte nun einen Antrag eingebracht, durch den der Magistrat ersucht wurde, mit der Versammlung in gemischter Deputation darüber zu beraten, welche Stellung die städtischen Behörden dem Ausstellungsplan gegenüber einzunehmen haben. Bürgermeister Kirschner, der allerdings nicht im Namen des Magistrats sprechen zu können erklärte, versprach unter lebhaftem Beifall der Versammlung, daß der Magistrat auf eine Beratung in gemischter Deputation gewillt eingehen werde. Die ablehnende Haltung des Magistrats richtete sich vornehmlich gegen eine lokale Ausstellung; jetzt seien aber Erscheinungen hervorgetreten, die darauf hindeuten, daß die Ausstellung einen nationalen Charakter

annehmen werde, und sich weitere Kreise dafür interessieren. In der recht lebhaften Debatte sprachen sich alle Redner für eine Beratung in gemischter Deputation aus, wobei freilich die Reserve gemacht wurde, daß man sich damit nicht etwa für den Plan einer lokalen Ausstellung erwärmen wolle. Die Meinung der Versammlung äußerte sich dahin, daß die gemischte Deputation bei ihrer Beratung vollständig reinen Tisch vorfinden müsse. In diesem Sinne wurde der Antrag Dr. Hermes einstimmig angenommen.

Aus dem deutschen Schutzgebiet in Südwest-Afrika sind wieder wenig angenehme Nachrichten eingetroffen, allerdings aus nicht ganz unverdächtiger Quelle. Nach einer Kapstadt Drachtmeldung empfing die Kapregierung am 7. November einen Bericht, daß am 5. Oktober eine starke deutsche Streitkraft, unterstützt von einer Abteilung des Bastardstammes, den Häuptling Genbrit Witbooi angriff. Dessen Mannschaften erwiderten das Feuer der Angreifer und töteten zwei Deutsche. Vor dem Rückzuge nach ihrer Bergfeste, die wirkungslos beschossen wurde, fand ein weiteres Schermüßel zwischen den Deutschen und Witboois Kriegerern am 8. Oktober statt, blieb aber ebenfalls erfolglos. Major v. François habe nunmehr die Absicht angekündigt, weitere aktive Operationen gegen Witbooi einzustellen.

Die Bildung eines österreichischen Koalitions-Ministeriums unter dem Fürsten Windischgrätz ist noch nicht zum Abschluß gekommen, da die Wahl des Unterrichtsministers, für die der Polenklub den Kandidaten stellt, bei der deutschen Linken Widerspruch findet. Dagegen ist die Krisis, die in Ungarn in Sachen des verheißenen Gelebensentwurfs über die Civilehe auszubrechen drohte, glücklich abgewendet. In der schon erwähnten Audienz, die der ungarische Minister-Präsident Dr. Wekerle bei dem Kaiser hatte, wurde die günstige Entscheidung herbeigeführt. Als Wekerle von Wien in Pest wieder eintraf, wurde er im liberalen Klub, in dem er zunächst Bericht erstattete, mit Begeisterung empfangen. Im Abgeordnetenhaus herrschte eine freudige Erregung. Von kürmischen Zurufen hegrüßt, gab der Minister-Präsident die Erklärung ab, die Regierung sei durch den Monarchen ermächtigt, die Vorlage über die Civilehe einzubringen. Der Gesetzesentwurf sei fertig, die Ausarbeitung der Begründung beanspruche jedoch etwa vierzehn Tage. (Lebhafter Beifall rechts.) Gleichzeitig werde die Regierung einen Gesetzesentwurf einreichen über die Aenderung jenes Gesetzes, welches bestimmt, daß bei Mischehen die Knaben der Religion des Vaters, die Mädchen der Religion der Mutter angehören. Dieser zweite Teil der Erklärung wurde von den konservativen Kreisen des Hauses beifällig aufgenommen. Das ist nämlich ein Zugeständnis, das die Katholiken von jeher verlangten. Aus der gleichzeitigen Anzeige wird geschlossen, daß beide Gesetze gleichzeitig ins Leben treten sollen. Die Protestanten waren schwer zu gewinnen für die Aufhebung dieses Gesetzes und finden nur in der Einführung der Civilehe dafür Ersatz.

Das Bombenattentat im Teatro Liceo zu Barcelona hat in allen politischen Kreisen Spaniens eine große Aufregung hervorgerufen. Man glaubt wohl nicht ohne Grund, daß dieses neue Attentat mit dem zusammenhänge, welches Pallas am 25. September gegen den Marschall Martinez Campos verübt hat, weil Pallas auf dem Schaafot sagte, daß er gerächt werden würde. Man behauptet auch, daß das Barcelonaer Attentat nach den Winken ausgeführt worden sei, die von dem Londoner Anarchistenklub gegeben wurden. Unter den Opfern des Dynamitanschlags, deren Zahl auf 25 Tote und 40 Verwundete angegeben wird, befinden sich zwei Deutsche; der eine, Martin Wicke, ist schwer verletzt, der andere, Gottlieb Roseber (Kosener?) ist tot.

Die griechische Kammer wurde am Mittwoch von dem Könige eröffnet. Die Thronrede hebt hervor, die Anleihe sei durch die Notwendigkeit, den vom Staate eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen, veranlaßt worden. Sie verspricht eine endgiltige Regelung der öffentlichen Schuld in Verbindung mit der Reorganisation der Nationalbank und der allmählichen Aufhebung des Zwangskurses. Ferner werden finanzielle Maßregeln angekündigt, die es ermöglichen würden, das Gleichgewicht des Budgets herzustellen. Schließlich wird die Hoffnung ausgesprochen, daß der Patriotismus des Landes alle vorübergehenden Schwierigkeiten überwinden werde. Bei der Wahl des Präsidenten erhielten von 187 abgegebenen Stimmen Crestenito, der Kandidat der Regierung, 50, Buduris, der Kandidat der Trikupiten, 102 Stimmen. Zerplittert waren 35 Stimmen. Der Ministerpräsident Sotiropulo erklärte, daß durch diese Abstimmung eine Ministerkrise eröffnet sei. Darauf wurde die Sitzung aufgehoben. Das Ministerium reichte in der That seine Entlassung ein, und der König beauftragte den stets bereiten Trikupis mit der Neubildung des Cabinets.

Aus Kapstadt sind Nachrichten über neue Niederlagen der Matabelen eingetroffen. Im Unterhause verlas am Donnerstag der Unterstaatssekretär für die Kolonien folgende Drachtmeldung des Gouverneurs der Kapkolonie: „Ich empfang soeben folgende Meldung von Oberst Adams: Am 6. November haben die Matabelen um Schutz, sie meldeten, die Kolonne vom Osten

habe von Buluwano Besitz ergriffen, Lobengula sei geflüchtet, Gambo und seine große Streitmacht, die Oberst Adams am 2. d. M. angegriffen, seien in der Richtung des Flusses Swai rechts von Buluwano geflüchtet. Von Jameson eingetroffene Eilboten bestätigen obige Meldungen. Ich breche mit meiner Kolonne sofort nach Buluwano auf.“ — Der Unterstaatssekretär fügte hinzu: Diese Meldung ist insofern befriedigend, als hoffentlich keine weiteren Feindseligkeiten notwendig sein werden.

Briefkasten.

Jeder Anfrage muß stets die fällige Abonnementquittung beigelegt werden. — Schriftliche Antwort kann die Redaktion nicht erteilen.

Amalie W. Unter den obwaltenden Umständen wird der Richter Sie schwerlich schuldig erachten, die Tochter an Ihren geschiedenen Mann herauszugeben, zumal Sie dieselbe jetzt beinahe zehn Jahre in Erziehung und Pflege haben, ohne daß der Vater auch nur einen Pfennig hierzu hergegeben hat. Die §§ 95 und 96 Teil II Titel 2 des Allgemeinen Landrechts bestimmen: „Ist keiner der beiden Eltern für den schuldigen Teil erklärt, so werden die Kinder bis nach vollendetem vierten Jahre bei der Mutter, sodann aber bei dem Vater erzogen. Doch kann, wenn Töchter darunter sind, der Richter die Erziehung derselben überhaupt, bewandten Umständen nach, der Mutter anvertrauen.“ — **A. D. C.** Wetten sind nur klagbar, wenn die Wettsumme bar eingezahlt und bei Gericht oder einem Dritten niedergelegt ist. Es ist anzunehmen, daß Ihr Gegner diese gesetzliche Bestimmung genau gekannt hat. — **Ad. B. in C.** Das uns mitgeteilte Urteil finden wir in den uns vorliegenden gedruckten Entscheidungen des Reichsgerichts nicht. Es wird jedenfalls in einem dort verhandelten Spezialfalle ergangen sein und ist nicht zur allgemeinen Kenntnis gebracht worden, weil der Sachverhalt ein so einfacher ist, daß das Urteil als eine natürliche Folge erachtet werden muß. Daß die Mitteilung auf Wahrheit beruht, ist nicht zu bezweifeln. — **A. K. in S.** Es kommt darauf an, ob Sie die Bestellung gemacht haben, und dies muß Ihnen bewiesen werden. Der Vertreter des Abtenders ist kein vollgiltiger Zeuge, und deshalb ist anzunehmen, daß Ihnen der Richter einen Eid auferlegen wird. II. Der Brief spricht allerdings für die Richtigkeit Ihrer Behauptung. Wenn in demselben auch angeführt ist, daß Sie die 50 Saet Mehl gekauft haben, so ist doch die Bitte nicht verständlich, daß Sie „konvenierendenfalls“ den Waggon abnehmen möchten. Das darauf folgende Wort „sonst“ läßt sicher auf Zweifel der Abtenderin betreffs der Bestellung schließen. III. Den Ihren Schreiben beigefügten Brief haben wir zurückschickt. — **M. L. Z.** Wir haben Ihnen wiederholt dahin Antwort erteilt, daß ein Minderjähriger, wenn der Vater seine Genehmigung dazu erteilt hat, in Dienst oder Arbeit zu treten, selbständig zur Erziehung und Auflösung von Dienst- oder Arbeitsverhältnissen der genehmigten Art befaht ist. Verpflichtungen hierüber hinaus sind für den Minderjährigen nicht bindend, sie würden auch von dem Vater nur dann zu erfüllen sein, wenn dieser vorher seine Genehmigung erteilt hätte. — **J. Z. in N.** Wir würden in Ihrer Stelle nicht gutwillig zahlen. Haben Sie die Elemente für Ihre Tochter mit monatlich 18 Mk. stets pünktlich gezahlt, so brauchen Sie jetzt nicht noch die für die Konfirmation entstandenen Kosten im Betrage von 282 Mk. zu erstatten. Entscheidend für den geltend gemachten Anspruch ist, ob Ihre Tochter, wenn sie bei Ihnen gewohnt, diejenigen Leistungen hätte fordern dürfen, durch welche die berechneten Auslagen entstanden sind. Diese Frage müssen wir unbedingt verneinen; denn die Rechnung enthält mehrere Posten, welche als nicht notwendig, andere Posten, welche als luxuriös zu bezeichnen sind. Sie aber könnten höchstens verurteilt werden, diejenigen Auslagen zu erstatten, welche nützlich verwendet wurden. — **L. D. in N.** Zur möglichen Vermeidung eines Grenzübertrets kann der Nachbar zu jeder Zeit die Erneuerung der Grenze fordern. Diese bloße Grenzerneuerung kann auch in der Form einer Handlung der freiwilligen Gerichtsbarkeit geschehen, wenn alle Interessenten einig sind. Wenn aber Widerspruch entsteht, so muß darüber: ob die Grenzernuerung notwendig sei, erkannt werden; denn ein Grenz-nachbar kann nicht bloß nach seiner Laune, alle Jahre oder noch öfter, die übrigen mit unnötigen Grenzernuerungen und deren Kosten behelligen.

Der tolle Graf.

Roman aus dem Goldthale Siebenbürgens
von E. von Wald-Zedtwitz.
(Fortsetzung.)

„Mein werter Herr!“ begann Dedön freundlich und so laut, daß es Thaleda hören mußte, „darf ich Sie einen Moment unterbrechen?“

„Bitte, Herr Graf,“ sagte Georg, in seiner Beschäftigung inne haltend.
„Ich bin gekommen, um Ihnen zu sagen, daß diese Leute, mit denen Sie eben verhandeln, bis gestern in meinen Gruben beschäftigt waren und ohne Kündigung die Arbeit eingestellt haben, ich will jedoch über diesen Umstand hinwegsehen und Ihnen dieselben zur Verfügung stellen; denn ich sehe ein, daß ein neues Unternehmen wie das Ihrige nur bestehen kann, wenn ihm die Arbeiterfrage keine Schwierigkeiten macht.“

Georg Raumbach sah ihn erstaunt an; denn er hätte von dem Grafen Palanyi, dem Herr Feuerstein so wenig entgegengekommen war, diese Gesinnung nicht erwartet.

Thaleda, welche dies mit angehört hatte, fühlte in diesem Augenblick etwas wie Beschämung und machte sich Vorwürfe, den Grafen Palanyi Dedön so schlecht beurteilt zu haben, wie es bisher der Fall gewesen war.

